

Beschlüsse des 26. Landestages



THÜRINGEN IM HERZEN

26. Landestag der Jungen Union Thüringen

06.-07.07.2013 in Weimar

1
2
3
4

In Freiheit leben. Heimat gestalten. Leistung wertschätzen.

5
6
7
8

Das Grundsatzprogramm der Jungen Union Thüringen

9 *Aus Liebe zu unserer Heimat Thüringen, in Verantwortung vor Gott und den Menschen, aus dem*
10 *festen Willen heraus die natürlichen und finanziellen Ressourcen für die nachfolgenden Generati-*
11 *onen zu erhalten und in Überzeugung an die Kraft von Freiheit und Gemeinschaft hat sich die Jun-*
12 *ge Union Thüringen im Juli 2013 in Weimar dieses Grundsatzprogramm gegeben.*

13

- 14 **1. Im Zentrum des Handelns der Jungen Union Thüringen stehen die Interessen der jungen**
15 **Thüringer. Es ist unser Anspruch, als eigenständige politische Kraft zu agieren und Vor-**
16 **schläge zu allen politisch relevanten Themen zu unterbreiten. Wir treten für eine genera-**
17 **tionengerechte, nachhaltige und zukunftsorientierte Politik ein.**

18 Die jungen Menschen unseres Landes stehen im Fokus unserer Politik. Wir wollen politische
19 Rahmenbedingungen schaffen, damit gerade junge Thüringer sich im Freistaat wohlfühlen,
20 Chancen für eine optimale Ausbildung erhalten, passende sowie gut bezahlte Arbeitsplätze
21 finden und Familien gründen können. Darüber hinaus haben wir den Anspruch, als eigenstän-
22 dige politische Kraft, Positionen zu allen Politikbereichen zu beziehen. Dabei ist uns besonders
23 wichtig, dass Politik über den Tag hinaus denkt und die Interessen aller Generationen gleich-
24 mäßig berücksichtigt.

25

- 26 **2. Unsere Politik basiert auf dem christlichen Menschenbild. Das jüdisch-christliche Erbe**
27 **ergänzt durch die Aufklärung haben auch Thüringen entscheidend geprägt. Nächstenlie-**
28 **be, Solidarität und Gerechtigkeit ergeben sich für uns aus dieser Wurzel. In der Jungen**
29 **Union Thüringen arbeiten Anhänger unterschiedlicher Religionsgemeinschaften und Reli-**
30 **gionslose geprägt durch große Toleranz und großes Verständnis miteinander.**

31 Den Menschen in seiner Einzigartigkeit sowie seine Begabung mit Freiheit und Vernunft zu
32 schätzen und seine individuellen Bedürfnisse zu achten, ergibt sich aus unserer Grundüber-
33 zeugung, dem christlichen Menschenbild. Unabhängig vom persönlichen Glauben an einen
34 schöpferischen Gott sehen wir unsere Prägung durch das jüdisch-christliche Erbe, das später
35 durch die Ideen der Aufklärung ergänzt wurde.

36

- 37 **3. Besonders aus der Erfahrung zweier menschenverachtender Diktaturen auf Thüringer Bo-**
38 **den sind das Entstehen für Freiheit und Demokratie zentrale Eckpfeiler unseres Handelns.**
39 **Aus unserer Geschichte mit der NS- und der SED-Diktatur leiten wir die Verantwortung ab,**
40 **die Erinnerung an diese Kapitel deutscher Geschichte wachzuhalten. Toleranz, Weltoffen-**
41 **heit sowie die Menschen- und Bürgerrechte sind für uns nicht verhandelbar. Wir stellen**

42 **uns jeglicher Form von Extremismus, hierzu gehören allen voran der Rechtsextremismus,**
43 **aber auch Links- und religiös motivierter Extremismus, entschieden in den Weg. Gewalt als**
44 **Mittel der Politik lehnen wir strikt ab.**

45 Wir wünschen uns Thüringen als weltoffenes und tolerantes Land. Niemand darf wegen seiner
46 Herkunft, Geschlecht, Hautfarbe, Behinderung, politischen Meinung oder sexuellen Orientie-
47 rung verfolgt oder benachteiligt werden. Um dies zu gewährleisten, setzten wir uns für die
48 Förderung der Demokratie ein und versuchen vor allem junge Menschen, aktiv in den politi-
49 schen Prozess einzubeziehen. Entschieden stellen wir uns gegen alle Versuche, Freiheit und
50 Demokratie einzuschränken. Gleichzeitig halten wir die Erinnerung an die schrecklichen Ver-
51 brechen der Nationalsozialisten wach und fühlen die Verantwortung, die sich daraus für unser
52 heutiges Handeln ergibt. Darüber hinaus darf die DDR als die zweite Diktatur auf Thüringer
53 Boden nicht in Vergessenheit geraten. Hier stehen wir besonders an der Seite der Opfer. Un-
54 ser Ziel ist es, die Aufarbeitung der Verbrechen beider Diktaturen weiter voran zu treiben. Da-
55 bei hinterfragen wir auch kritisch die Rolle der CDU als Blockpartei in der ehemaligen DDR.
56

57 **4. Werte und Normen sind für eine Gesellschaft unabdingbar. Gerade in Zeiten zunehmender**
58 **Fragmentierung und Individualisierung bekennen wir uns zu Tugenden wie Höflichkeit,**
59 **Fleiß, Verantwortung, Verlässlichkeit und Respekt gerade vor der Leistung Älterer.**

60 Eine Gesellschaft braucht Verbindlichkeit. Gerade in einer Zeit, wo es glücklicherweise zu-
61 nehmende Freiheiten und Möglichkeiten gibt, müssen wir bestrebt sein zu verhindern, dass
62 die Gesellschaft auseinanderdriftet. Die Mitglieder der Jungen Union Thüringen fühlen sich
63 Werten und Normen in der Gesellschaft verbunden, nicht aus Zwang, sondern aus der freien
64 Einsicht, dass dies das Zusammenleben der Menschen gewinnbringender macht. Gerade als
65 junge Menschen sind wir für die Leistungen der Älteren dankbar, haben sie uns doch durch ih-
66 ren Einsatz unser heutiges Leben ermöglicht. Wir sehen dies als Vorbild und Ansporn, unser
67 Handeln an den Bedürfnissen folgender Generationen auszurichten.
68

69 **5. Solidarität mit Schwächeren ist für uns selbstverständlich. Gerade geistig und körperlich**
70 **eingeschränkte Menschen sollen unterstützt und möglichst weit in die Gesellschaft inte-**
71 **griert werden. Darüber hinaus bekennen wir uns zur Solidarität mit sozial Schwachen. Die-**
72 **sen Menschen wollen wir vor allem mit einer Hilfe zur Selbsthilfe Unterstützung geben,**
73 **damit sie möglichst bald für sich selbst sorgen können. Für uns ist klar: Eine Gesellschaft**
74 **kann nur im Miteinander funktionieren. Das heißt zum einen, dass die Starken für die**
75 **Schwachen sorgen müssen und zum anderen, dass jeder abhängig von seinen Möglichkei-**
76 **ten zum gesellschaftlichen Erfolg beitragen muss.**

77 Der Zusammenhalt ist für eine Gesellschaft von enormer Bedeutung. Dieser bemisst sich da-
78 ran, wie sehr sich die Menschen umeinander kümmern. Jeder kann in seinem Leben, verschul-
79 det oder unverschuldet, in eine soziale Notlage kommen. Jeder hat das Recht, dann von der
80 Gesellschaft aufgefangen zu werden. Allerdings setzt diese Solidarität auch voraus, dass jeder,
81 der die Möglichkeit hat, sich für die Gesellschaft engagiert und sich nicht auf der Solidarität
82 ausruht. Menschen, die aufgrund ihres Alters, einer Behinderung oder besonderer Lebensum-
83 stände nicht in der Lage sind, sich selbst um ihren Lebensunterhalt zu kümmern, bedürfen un-
84 serer dauerhaften Unterstützung.
85
86

- 87 **6. Das menschliche Leben und dessen Würde ist ein zentraler Punkt des christlichen**
88 **Menschenbildes, auf das wir unsere Politik aufbauen. Jedes menschliche Leben ist**
89 **wertvoll. Die christlichen Werte und die grundgesetzlich verankerte Menschenwürde ver-**
90 **pflichten uns zum Schutz geborenen und ungeborenen Lebens.**

91 Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung al-
92 ler staatlichen Gewalt. Wir bekennen uns ausdrücklich zu diesem Konstitutionsprinzip unseres
93 Staates aus Artikel 1 des Grundgesetzes. Deswegen stehen wir für den Schutz und die Würde
94 des Lebens. Gleichzeitig respektieren wir das Recht auf freie Entscheidung der Menschen in
95 Bezug auf lebensverlängernde Maßnahmen. Das Recht einer Frau über ihren Körper zu ent-
96 scheiden, ist ein extrem hohes Gut. Dies ist stets mit dem Recht des ungeborenen Lebens ab-
97 zuwägen. Dabei muss das Wohl des Kindes besondere Beachtung finden, ohne dabei die phy-
98 sische und psychische Gesundheit der Frau zu vernachlässigen.

- 99
100 **7. Die Junge Union Thüringen ist ein moderner, liberal-konservativer Jugendverband.**
101 **Dabei sind wir stets offen für Innovationen, ohne dabei unsere Grundsätze und Bewährtes**
102 **aufzugeben.**

103 Konservativ sein heißt, an der Spitze des Fortschritts zu stehen. Genauso heißt es, dass aber
104 nicht alles was neu gleich besser ist. Deswegen sind wir sowohl ein moderner als auch ein kon-
105 servativer Verband. Wir wollen dabei aber keine Strukturen oder Hüllen bewahren, sondern
106 die Werte und Traditionen sowie die Einzigartigkeit der Natur. Gleichzeitig sind wir offen für
107 Veränderungen in der Gesellschaft. Wenn es notwendig ist, Veränderungen zu forcieren, um
108 den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu bewahren oder die Werte in der Gesellschaft zu er-
109 halten, treten wir an die Spitze dieser Veränderungsprozesse. Dabei achten wir stets darauf,
110 dass Wandel nicht um seiner selbst Willen passiert und im Einklang mit unseren Grundüber-
111 zeugungen wie dem christlichen Menschenbild steht. Zudem glauben wir an die Kraft der
112 Freiheit. Als liberaler Verband sind wir dafür den mündigen Bürgern so viele Entscheidungen
113 wie möglich zu lassen und den Staat weitestgehend auf Kernaufgaben wie den Schutz vor
114 Feinden oder auf die soziale Absicherung der Bürger zu beschränken.

- 115
116 **8. Sicherheit zu gewährleisten, ist eine zentrale Aufgabe des Staates. Daher bedarf es gut**
117 **ausgestatteter Ordnungsbehörden sowie der Würdigung der Arbeit unserer Polizisten.**
118 **Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit für den Einzelnen und kein positives Lebensgefühl**
119 **in Thüringen.**

120 Freiheit und Sicherheit stehen in einem ewigen Spannungsverhältnis. Ein funktionierender
121 Staat braucht wie eine intakte Gesellschaft beides. Sicherheit ist dabei die Voraussetzung für
122 Freiheit. Gleichzeitig darf die Freiheit des Einzelnen nur so stark eingeschränkt werden, dass
123 die Sicherheit der Gemeinschaft gewahrt bleibt.

- 124
125 **9. Wir stehen für eine kinderfreundliche Gesellschaft, die den Nachwuchs finanziell und vor**
126 **allem ideell fördert. Die klassische Familie (Vater, Mutter, Kind(er)) bleibt dabei unser**
127 **Idealbild. Darüber hinaus wollen wir alle Formen des Zusammenlebens, wo unterschiedli-**
128 **che Generationen Verantwortung füreinander übernehmen, fördern.**

129 Kinder sind das größte Glück für die Menschen und gleichzeitig eine gesellschaftliche Not-
130 wendigkeit. Wir wollen, dass sich mehr junge Menschen für eine Familie entscheiden und so
131 Verantwortung für nachfolgende Generationen wie für die Gesellschaft übernehmen. Neben

132 der finanziellen Förderung von Familien brauchen wir dazu vor allem ein familienfreundliches
133 Klima. Für uns ist es konservativ, wenn Menschen füreinander Verantwortung übernehmen.

134

135 **10. Leistung muss sich lohnen. Unabhängig von den persönlichen Voraussetzungen und den**
136 **familiären und sozialen Gegebenheiten muss Anstrengung gesellschaftliche Anerkennung**
137 **und Förderung erhalten. Wir treten für Chancengerechtigkeit ein und sind gegen Gleich-**
138 **macherei.**

139 Egal ob ein alleinerziehender Vater mit voller Leistung seine Kinder erzieht und gleichzeitig
140 einem Beruf nachgeht oder ob eine selbstständige Unternehmerin mit voller Leistung seinen
141 Betrieb führt, die Leistung muss gesellschaftliche Würdigung finden. Anstrengung, Mut und
142 Tatkraft müssen belohnt werden. Damit jeder seine optimale Leistung bringen kann, muss un-
143 sere Gesellschaft individuelle Chancen eröffnen. Da die Menschen einzigartig sind, müssen
144 auch die Angebote differenziert sein.

145

146 **11. Wir sind stolz auf unsere Heimat Thüringen. Hier sind Kultur, Innovation und Herzlichkeit**
147 **zu Hause. Die Natur des Freistaats ist einzigartig schön. Deshalb verpflichten wir uns, die**
148 **natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und den Bestand des Freistaates dauerhaft zu**
149 **sichern. Nachhaltigkeit ist für uns ein leitendes Handlungsprinzip.**

150 Unsere Heimat definiert uns. Sie gibt uns Kraft und Sicherheit auch für unsere Kreativität. W-
151 Lan und Wartburg sowie Breitband und Bratwurst gehören für uns Thüringer untrennbar zu-
152 sammen. Nicht umsonst gilt der Thüringer als besonders heimatverbunden. Die Aufgabe von
153 Politik ist es, die Schönheit der Natur zu erhalten, damit sich auch unsere Nachkommen an ihr
154 erfreuen können. Die Heimat zu sichern, heißt für uns auch, dass wir alles dafür tun wollen,
155 damit Thüringen eigenständig bleibt. Dazu müssen wir vor allem auf eine solide Finanzpolitik
156 achten. Daher fordern wir eine Schuldenbremse in der Thüringer Verfassung. Insgesamt set-
157 zen wir so auf eine nachhaltige Politik. Wir fragen bei unseren Entscheidungen demnach, ob
158 sie die natürlichen und finanziellen Ressourcen dauerhaft erhalten.

159

160 **12. Die Unterstützung und Würdigung der Ehrenamtlichen in den zahlreichen Vereinen Thü-**
161 **ringens ist dauerhaftes Ziel unserer Politik. Der Zusammenhalt in der Gesellschaft muss**
162 **erhalten und gestärkt werden.**

163 Viele Thüringer engagieren sich in Feuerwehren, Chören oder Sportvereinen. Ohne diese tat-
164 kräftigen Menschen wäre die Gesellschaft um einiges ärmer. Wir wollen über die Würdigung
165 und konkrete Förderung dieser Menschen den unabdingbaren Zusammenhalt in der Gesell-
166 schaft stärken.

167

168 **13. Die Thüringer Union ist unsere Mutterpartei. Ihr gegenüber positionieren wir uns als ei-**
169 **genständiger konstruktiv-kritischer Verband.**

170 Die CDU Thüringen kann sich stets unserer Unterstützung und Solidarität sicher sein. Mit der
171 Mutterpartei teilen wir dieselben Werte und Überzeugungen. Als eigenständiger Verband sind
172 wir gleichzeitig jederzeit selbstbewusst genug, um eigene Positionen zu vertreten. Wir sehen
173 unsere Aufgabe in Bezug auf die CDU auch darin, sie mit notwendigen Veränderungen zu kon-
174 frontieren und für eine gute Mischung aus Kontinuität und Wandel zu sorgen.

175

- 176 **14. Wir wollen ein Bildungssystem, das Heranwachsende in ihrer Einzigartigkeit fördert, Leis-**
177 **tung belohnt und dafür sorgt, dass Jeder seine Chancen erhält. Dabei muss eine hohe**
178 **Durchlässigkeit und Kontinuität im Bildungssystem herrschen. Wir setzen auf eine unideo-**
179 **logische Schulpolitik, die das Wohl des einzelnen Schülers, die Eigenverantwortung der**
180 **Schulen und die Professionalität der Lehrer in den Mittelpunkt rückt.**
181 Die Zukunftsfähigkeit unseres Freistaates hängt entscheidend von der Qualität unserer Bil-
182 dungslandschaft ab. Deswegen müssen hier die finanziellen Mittel des Freistaates kon-
183 zentriert werden. Wir wollen die Eigenständigkeit der Schulen stärken und nicht nachrangige
184 Debatten über Strukturen führen. Schule hat die gesellschaftlich enorm wichtige Aufgabe, die
185 Potenzen aller Schüler optimal zu heben. Dazu bedarf es vor allem professioneller und innova-
186 tiver Lehrer sowie einer Kultur, die in der Schule die individuelle Leistung auch durch Noten
187 anerkennt und würdigt.
188
- 189 **15. Die Universität von Thüringen soll die Strahlkraft und Effizienz unserer schon jetzt heraus-**
190 **ragenden Hochschullandschaft verstärken.**
191 Um ein vielfältiges und vor allem exzellentes Angebot an den Thüringer Hochschulen zu ge-
192 währleisten, braucht es eine Reduzierung von ineffektiven und kostspieligen Doppelungen in
193 den Strukturen und Angeboten unserer Hochschullandschaft. Unser Ziel ist es dabei, mög-
194 lichst viele Fachkräfte für unsere Unternehmen im Freistaat auszubilden. Dabei sollen keines-
195 falls die Identitäten der etablierten Hochschulen zerstört, sondern die Kreativität unserer
196 klügsten Köpfe bestmöglich gefördert werden.
197
- 198 **16. Klein- und mittelständische Unternehmen prägen das Bild der Thüringer Wirtschaft und**
199 **machen einen Großteil ihrer Erfolgsgeschichte aus. Deswegen soll hier das Augenmerk der**
200 **Wirtschaftspolitik des Freistaates liegen. Auch um den Fachkräftebedarf in Thüringen zu**
201 **decken, brauchen wir eine stärkere Willkommenskultur für Zuwanderer und insbesondere**
202 **Rückkehrer sowie eine angemessene, durch die Tarifpartner ausgehandelte Entlohnung.**
203 Thüringen braucht Zuwanderung. Neben unserer Kultur und Geschichte soll die wirtschaftliche
204 Stärke mehr und mehr die Anziehungskraft des Freistaates erhöhen. Dazu brauchen wir eine
205 Wirtschaftspolitik, die um die Stärken der einheimischen Unternehmen weiß. Wir setzen auf
206 die Innovationskraft und Kooperation der Forschungseinrichtungen und Unternehmen.
207
- 208 **17. Die kleingliedrige Landkreisstruktur Thüringens ist historisch gewachsen und hat sich in**
209 **weiten Teilen bewährt. Dennoch sind kleinere vor Ort gewollte Anpassungen und eine**
210 **größere Solidarität und Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen nötig. Anonyme**
211 **Großkreise lehnen wir entschieden ab.**
212 Thüringen war historisch immer eine Ansammlung starker Regionen. Die positive Konkurrenz
213 zwischen diesen hat viel zur kulturellen und wissenschaftlichen Blüte unseres Freistaats bei-
214 getragen. Zudem bietet die kleingliedrige Struktur den Menschen Identität. Deswegen werden
215 wir unausweichliche Anpassungen dieser Strukturen nur vorsichtig und im Einklang mit den
216 Bürgern vor Ort angehen. Darüber hinaus begrüßen wir eine größere interkommunale Zu-
217 sammenarbeit sowie eine engere Kooperation zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städ-
218 ten ausdrücklich. Konstruktive, nachbarschaftliche Zusammenarbeit ist uns lieber als die Ano-
219 nymisierung unserer Heimat.

220 **18. Thüringen kann aus unserer Sicht nur erfolgreich sein, wenn wir die Interessen der ländli-**
221 **chen Räume und der Städte beachten. Dazu müssen wir sowohl die Erreichbarkeit der**
222 **ländlichen Räume sicherstellen, als auch die Innovations- und Strahlkraft der Städte för-**
223 **dern.**

224 Thüringen ist ein ländlich geprägtes Land mit herausragenden Städten. Nur ein Zusammen-
225 spiel beider Teile wird den Erfolg des Freistaats sichern. Uns liegt viel am Erhalt der ländlichen
226 Struktur mit dem einzigartigen Brauchtum und der hohen Identitätsstiftung. Der Schlüssel für
227 die Zukunft des ländlichen Raums liegt in der Sicherstellung der Erreichbarkeit der wesentli-
228 chen Infrastruktur für das tägliche Leben. Zudem setzen wir auf eine intelligente Raumpla-
229 nung, die den demographischen Wandel als Chance begreift und die zentralen Orte im ländli-
230 chen Rau als Fixpunkte stärkt. Unsere kulturell, wissenschaftlich und zunehmend auch wirt-
231 schaftlich herausragenden großen Städte verdienen genauso unsere Aufmerksamkeit. Von
232 hier geht die Innovation- und die Strahlkraft Thüringens maßgeblich aus. Auch hier gilt es, auf
233 eine Zusammenarbeit zu setzen, die die unterschiedlichen Stärken der Städte vereint.

234
235 **19. Die Beteiligung der Bürger an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen muss**
236 **deutlich erhöht werden.**

237 Ein modernes Thüringen muss den mündigen Bürgern vielfältige Angebote zur Teilhabe an
238 Entscheidungen geben. Die Junge Union Thüringen ist jederzeit bestrebt, politische Prozesse
239 zu öffnen und dabei den Willen der Bürger einzubinden. So können wir die Kreativität der
240 Freistaatler optimal nutzen und die Akzeptanz des politischen Systems erhöhen. Bürgerbetei-
241 ligung ist dabei mehr, als die Kommentierung bereits getroffener politischer Entscheidungen.
242 Vielmehr muss die Politik mit den Menschen einen Dialog über prioritäre Ziele führen und die
243 frühzeitige Information und Einbindung der Bürger in Entscheidungen beispielsweise über
244 neue Medien sicherstellen. Gleichzeitig haben wir die Überzeugung, dass die letztendliche
245 Entscheidung grundsätzlich durch die gewählten Repräsentanten erfolgen muss.

246
247 **20. Die Freiheit im Internet ist ein hohes Gut. Dennoch ist das Internet selbstverständlich kein**
248 **rechtsfreier Raum. Das Urheberrecht muss zukünftig einen gerechten Ausgleich zwischen**
249 **den finanziellen Interessen der Produzenten und den Interessen der Nutzer nach unkom-**
250 **pliziertem Zugang zu den Inhalten im Internet herstellen.**

251 Das Internet, wie die gesamten neuen Medien, hat unser Leben enorm erleichtert und be-
252 schleunigt. Der freie Zugang zu Informationen, die Möglichkeit Meinungen zu verbreiten und
253 die Beteiligung der Menschen an Entscheidungen zu erhöhen, sind unbedingt zu schützen.
254 Gleichzeitig muss der Staat auch im Internet, gerade aufgrund des leichten Zugangs, die Mög-
255 lichkeit haben, beispielsweise menschenverachtende und kinderpornographische Inhalte zu
256 verbieten und einzuschränken. Gleichzeitig werden wir daran arbeiten, dass sowohl Künstler
257 und Autoren die Rechte an ihrem geistigen Eigentum behalten, als auch, dass die Nutzer einen
258 möglichst unkomplizierten Zugang zu Inhalten im Internet erhalten.

1
2
3
4
5
6
7

Das Wohl des Kindes im Zentrum einer leistungsorientierten und individuell fördernden sowie fordernden, eigenständigen Schule

Thesen der Jungen Union Thüringen zur aktuellen Bildungspolitik

8 *Die nachfolgenden Thesen verstehen sich als Debattenbeitrag zur aktuellen bildungspolitischen*
9 *Diskussion im Freistaat. Sie erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, sondern sind vielmehr*
10 *eine Wortmeldung zu einzelnen Aspekten der Bildungspolitik.*

11

1. Im Mittelpunkt guter Bildungspolitik steht das Wohl des Kindes und nicht die Ideologie der Politiker

14 Bildungspolitik braucht klare Werte. Unsere Bildungspolitik gründet auf dem christlichen Men-
15 schenbild. Dabei steht der Mensch mit seinen individuellen und unterschiedlichen Begabungen
16 im Mittelpunkt. Ausgehend von der Tatsache, dass jeder Mensch anders ist und unterschiedli-
17 che Begabungen besitzt, setzt unsere Bildungspolitik bei der individuellen Förderung von Schü-
18 lern an, statt sie alle in einer Schule für alle gleich machen zu wollen. Zu unseren grundlegen-
19 den Werten gehört auch die Gerechtigkeit. Ein gutes Schulsystem muss für Chancengerechtig-
20 keit sorgen. Chancengerechtigkeit bedeutet, jeden in die Lage zu versetzen, entsprechend sei-
21 ner Fähigkeiten durch Leistung das für ihn Bestmögliche zu erreichen. Chancengerechtigkeit
22 heißt allerdings nicht Gleichheit. Wir lehnen es ab, dass unabhängig von Leistung und Anstren-
23 gung Schüler zu gleichen Abschlüssen kommen.

24

2. Für eine Kultur der Leistung und der Anstrengung

26 Schule soll auf das weitere Leben vorbereiten und nicht auf den Streichelzoo. Daher lehnen wir
27 bildungspolitische Konzepte, die auf Kuschelpädagogik setzen, ab. Zu guter Schule gehört eine
28 Kultur der Leistung und der Anstrengung. Leistung definiert sich dabei nicht ausschließlich
29 durch Bestnoten, sondern durch die Ausschöpfung der individuellen Möglichkeiten. Deshalb
30 treten wir dafür ein, dass es an Thüringer Schulen weiterhin Versetzungsentscheidungen und
31 Schulnoten ab der dritten Klasse gibt, die sinnvollerweise durch Worturteile und Kompetenz-
32 einschätzungen ergänzt werden sollen. Das Sitzenbleiben soll wieder nach jeder Klasse möglich
33 sein, jedoch an verbindliche, individuelle Förderpläne geknüpft werden.

34 **3. Inklusion mit Augenmaß**

35 Wir sprechen uns für die weitere Integration von Menschen mit erhöhtem Förderungsbedarf in
36 das allgemeinbildende Schulsystem aus, denn Inklusion an Schulen ist ein lobenswertes Ziel.
37 Dadurch kann die Chancengerechtigkeit und die Sozialkompetenz der Schüler gestärkt werden.
38 Dabei muss das Wohl aller betroffenen Kinder im Mittelpunkt stehen. In einigen Fällen ist die
39 Inklusion sowohl für die zu inkludierenden Kinder, als auch für die Mitschüler eine Belastung.
40 Es braucht jedoch inklusionsgerechte Rahmenbedingungen. Dazu zählen ausreichendes son-
41 derpädagogisches Personal in den allgemeinbildenden Schulen sowie passende und von den
42 Schulträgern leistbare bauliche und schulorganisatorische Rahmenbedingungen. Trotz einer
43 verstärkten Inklusion sprechen wir uns für den Erhalt von Förderschulen aus. Schüler mit be-
44 sonderem Förderbedarf unterscheiden sich extrem in ihren Bedürfnissen. Manche brauchen
45 und wollen einen besonderen Schutzraum, der ihnen durch Förderschulen in besonders förder-
46 gerechter Weise gegeben wird. Gelingende Inklusion bedarf eines behutsamen Vorgehens und
47 nicht eines radikalen Einschnitts in ein funktionierendes Fördersystem. Eine Inklusion auf Bie-
48 gen und Brechen, wie sie vom derzeitigen Bildungsminister und seinem Staatssekretär betrie-
49 ben wird, lehnen wir ab und verurteilen sie als nicht kindgerechte, ideologische Schulpolitik.

50

51 **4. Schulfrieden statt Strukturdebatten**

52 Thüringen hat mit der derzeitigen Struktur des Schulsystems ein erfolgreiches Bildungssystem
53 aufgebaut, das sehr stark von seiner Kontinuität profitiert. Unsere Grundschulen sind national
54 und international Spitze, der Ausbau der Regelschule zur Oberschule trägt der zentralen Rolle
55 der Regelschulen in unserem Schulsystem Rechnung und ist eine richtige Antwort auf die stär-
56 kere Bedeutung der praktischen Berufsvorbereitung. Unsere Gymnasien leisten exzellente Ar-
57 beit, um Schüler zur Hochschulreife zu führen. Förderschulen sind wichtig, um Schülern mit be-
58 sonderem Förderbedarf gerecht zu werden. Die Gemeinschaftsschule muss sich noch bewäh-
59 ren und ist eine Ergänzung in einer pluralen Schullandschaft. Wo sie vor Ort von Eltern, Schü-
60 lern und Lehrern gleichermaßen gewollt ist, ist die Arbeit der Gemeinschaftsschulen im Inte-
61 resse der Kinder zu unterstützen. Dennoch sprechen wir uns gegen eine von der Politik initiierte
62 Gründung und Bevorzugung von Gemeinschaftsschulen aus. Wichtiger als die konkrete
63 Schulstruktur ist jedoch Verlässlichkeit und Kontinuität im Schulsystem. Gute Schule braucht
64 verlässliche Rahmenbedingungen, Ruhe und klare Aussagen. Permanente Veränderungen und
65 schulpolitische Experimente bringt Schulen aus dem Gleichgewicht und aus dem Takt. Daher
66 sprechen wir uns dafür aus, dass parteiübergreifend die jetzt geltende Schulstruktur mindes-
67 tens bis 2020 in einem Schulfrieden festgeschrieben wird.

68

69 **5. Neue Perspektiven für Lehrer**

70 Die Personalpolitik im Thüringer Schulsystem ist nicht zukunftsfest. Die meisten Kollegien sind
71 überaltert und es fehlt junger Lehrernachwuchs. Dabei ist gute pädagogische Arbeit keine Fra-
72 ge des Alters. Die Erfahrung älterer Lehrer ist genauso wichtig wie die Innovationsbereitschaft
73 junger Lehrer von Bedeutung ist. Es kommt also auf die Mischung an. Damit Thüringen lang-
74 fristig nicht in einen akuten Lehrermangel hineinläuft sind gegenwärtig Einstellungen über Be-

75 darf notwendig, um das Ausscheiden ganzer Lehrergenerationen in den nächsten Jahren abzu-
76 fangen. Zudem haben wir es bereits heute mit zunehmendem Unterrichtsausfall zu tun. Wir
77 fordern, dass künftig, unabhängig vom jeweiligen Fachbereich, den besten Absolventen eines
78 Jahrgangs ein unbefristetes Jobangebot in Thüringen gemacht wird. Zudem ist allen Universi-
79 tätsabsolventen für den Vorbereitungsdienst ein Referendariatsplatz in direktem Anschluss an
80 die 1. Staatsprüfung zu garantieren. Auch soll die Lehrerbildung stärker am tatsächlichen fach-
81 und schulartspezifischen Bedarf ausgerichtet werden. Weiterhin sollen Lehrer künftig leis-
82 tungsbezogene Zulagen erhalten dürfen. Wir wollen, dass sich Leistung auch beim pädagogi-
83 schen Personal auszahlt. Außerdem sind junge Führungskräfte gezielter zu fördern. Die hohe
84 Anzahl an unbesetzten Schulleiterstellen in Thüringen unterstreicht diese Forderung. Es muss
85 auch für junge Lehrer möglich sein, zum Schulleiter aufzusteigen ohne sich erst Jahre lang im
86 Schuldienst „bewähren“ zu müssen.

87

88 **6. Lehrerausbildung neu denken**

89 In den letzten Jahren hat es einige gute Reformbemühungen im Bereich der Lehrerausbildung
90 gegeben. So wurde beispielsweise mit dem „Jenaer Modell der Lehrerbildung“ der Praxisanteil
91 in der universitären Ausbildung verstärkt. Diese Bemühungen sind weiter zu unterstützen. Wir
92 schlagen dennoch vor, im Zuge der Neuausrichtung der Thüringer Hochschullandschaft die ers-
93 te Phase Lehrerausbildung strukturell neu aufzustellen.

94 Die dreistufige Lehrerausbildung in Thüringen braucht ein zentrales Dach. Die erste Phase der
95 Lehrerbildung an den Universitäten fristet leider zu oft ein Schattendasein. Die Inhalte der ers-
96 ten Phase und des Referendariats sind zu wenig aufeinander abgestimmt. Zudem könnten sich
97 diese Phasen noch viel mehr gegenseitig befruchten. Die Fortbildung in der dritten Phase
98 scheint von den anderen Phasen weitgehend abgekoppelt. Die hier vorhanden Ressourcen und
99 Expertisen könnten zum gegenseitigen Nutzen noch viel enger verzahnt werden. Deswegen
100 schlagen wir vor, dass ein Thüringer Amt für Lehrerbildung die drei Phasen verantwortet und
101 koordiniert. Damit werden die Aufgaben des Thüringer Instituts für Lehrerbildung, Lehrplan-
102 entwicklung und Medien (ThILLM) mit den Aufgaben der staatlichen Studienseminare für
103 Lehrerbildung sowie die Lehrerausbildung an den Universitäten effektiver gestaltet und damit
104 die vorhandenen Mittel nachhaltiger eingesetzt. Zusätzlich sollte unter dem Dach der Universi-
105 tät Erfurt ein eigenes und einzig für die Lehrerausbildung zuständiges Institut entstehen. Diese
106 pädagogische Hochschule als Teil der Universität Erfurt würde die gesamte erziehungswissen-
107 schaftliche Lehre und Forschung sowie die aller Fachdidaktiken in Thüringen erhalten. Die je-
108 weiligen fachwissenschaftlichen Anteile für Lehrerbildung würden von den jeweiligen Universi-
109 täten dezentral eingebracht werden.

110

111 **7. Eigenverantwortlichkeit der Schulen endlich stärken**

112 Zu lange ist mit zu geringen Ergebnissen über die Eigenverantwortlichkeit der Schule geredet
113 worden. Im Sinne der Subsidiarität sprechen wir uns für die zügige Abgabe von personellen und
114 finanziellen Kompetenzen an die Schulen aus. Die Experten vor Ort wissen am besten, in wel-
115 che Richtung sich ihre Schule entwickeln soll und was dafür notwendig ist. Deswegen sollten

116 Schulen anhand eines von den Schulbeteiligten selbsterarbeiteten und von der Aufsichtsbe-
117 hörde genehmigten Schulkonzeptes weitgehend eigene Entscheidungen treffen dürfen, die je-
118 doch regelmäßig öffentlich evaluiert werden müssen.

119

120 **8. Berufliche Bildung stärken**

121 Die duale Berufsausbildung ist ein Erfolgsmodell. Sie zu stärken und weiterzuentwickeln ist uns
122 ein wichtiges Anliegen. Die demographischen Veränderungsprozesse verlangen eine Konzent-
123 ration der Berufsschulstandorte. Dennoch müssen die Berufsschulen möglichst ausbildungsnah
124 und in der Fläche erhalten werden. Eine gute Erreichbarkeit ist nicht für Berufsschüler, die die
125 Volljährigkeit noch erreicht haben besonders wichtig, sondern vor allem ein wichtiger Stand-
126 ortfaktor für Mittelstand und Handwerk.

127 Darüber hinaus sprechen wir uns dafür aus, die sehr große Anzahl der Ausbildungsberufe wie-
128 der stärker zu bündeln und die Durchlässigkeit zwischen den Ausbildungsberufen zu erhöhen.

129 Außerdem muss der hohen Abbrecherzahl im Bereich der beruflichen Bildung durch ein am
130 Fachkräftebedarf orientierten regionalen Beratungsnetzwerk aus Schulen, Kammern, Ar-
131 beitsagentur und Unternehmen entgegengewirkt werden.

132

133 **9. Digitalisierung und Internationalisierung des Schulsystems**

134 Die Digitalisierung bietet auch für das Bildungssystem zahlreiche Chancen. So sollte zum Bei-
135 spiel das E-Learning ein Bestandteil der Schulkultur in Thüringen werden. E-Learning mit Whi-
136 teboards, Laptops und Tablet-PCs kann den Unterricht erleichtern. Unterrichtsinhalte könnten
137 so jederzeit abgespeichert und synchronisiert werden. Erkrankten Schülern könnte der Unter-
138 richtsstoff einfach nach Hause gesandt werden. Insbesondere für chronisch kranke Schüler wä-
139 re dies von Vorteil.

140 Ebenso wie die Digitalisierung ist die Internationalisierung eine wichtige Herausforderung und
141 Chance für die Schulen zugleich. Bilinguale Module im Unterricht, zumindest in den Gymnasi-
142 en, sollte in einzelnen Unterrichtsfächern in allen Klassenstufen der Regelfall werden. Entspre-
143 chende Fortbildungen für Lehrer sind verpflichtend einzuführen. Zudem soll in den Schulen ge-
144 zielt auf eine Willkommenskultur hingewirkt werden. In einer globalisierten Welt ist Erziehung
145 zu Weltoffenheit besonders wichtig.

146

147 **Bildungspolitik als Kernaufgabe der Union**

148 Aus unseren Überzeugungen und den aktuellen Missständen in der Bildungslandschaft Thüringens
149 ergibt sich, dass die Union im Bund und in den Ländern der Bildungspolitik höchste Priorität ein-
150 räumt. Dort wo die Union regiert oder über Jahrzehnte erfolgreich in Regierungsverantwortung
151 war, sind die Ergebnisse im Bereich der Bildung am besten. Um die Kompetenzwahrnehmung der
152 Union zu erhöhen, ist es notwendig, dass wieder mehr „Unions-Köpfe“ mit Bildungspolitik verbun-
153 den werden. Die Tatsache, dass mittlerweile kein amtierender Bildungsminister der Länder CDU-

154 Mitglied ist, ist ein unbefriedigender Zustand. Die Kultusministerkonferenz ist gegenwärtig eher
155 ein sozialdemokratischer „Arbeitskreis Bildung“ statt ein bildungspolitisch kompetentes Gremium.
156 Wir fordern daher, dass bei der künftigen Ressortverteilung in den Ländern, die Union alle Mög-
157 lichkeiten ausschöpft den jeweiligen Bildungsminister zu stellen. Auch in Thüringen muss es gelin-
158 gen, dass in der nächsten Legislaturperiode die Union wieder den Bildungsminister stellt. Ferner
159 sollte das Thüringer Bildungsministerium wieder in zwei Ressorts (Kultus sowie Wissenschaft, For-
160 schung und Kunst) aufgeteilt werden. Gegenwärtig hat allein dieses Ressort so viele offene „Bau-
161 stellen“, dass eine konzentriertere Ressortverantwortlichkeit geboten scheint. Beide Themen sind
162 von so großer landespolitischer Bedeutung, dass eine eigene Ministerverantwortlichkeit jeweils für
163 Schulen und Hochschulen notwendig ist.

1
2
3
4

5 **Für eine würdige Rehabilitierung der Opfer der SED-Diktatur**

6 Die Junge Union Thüringen tritt dafür ein, allen Geschädigten der SBZ/DDR-Diktatur, den
7 Inhaftierten, Zwangsausgesiedelten, Geflüchteten, Verfolgten und Bespitzelten, einen
8 besseren Nachteilsausgleich zu gewähren, als das die aktuelle Rehabilitierungsgesetzge-
9 bung ermöglicht. Damit stärken wir all diejenigen, die für ihren Widerstand gegen die SED-
10 Diktatur, ihren Mut und ihre Zivilcourage einen hohen Preis zahlen mussten, wie von den
11 Opferverbänden seit Jahren gefordert. Es ist dringend notwendig und längst überfällig so-
12 wohl den Kreis der Anspruchsberechtigten zu erweitern als auch die Anspruchsvorausset-
13 zungen sowie die Entschädigungsleistungen zu reformieren. Als anspruchsberechtigt muss
14 künftig auch jener Personenkreis gelten, der von der Stasi systematisch verfolgt und in der
15 beruflichen und persönlichen Entwicklung massiv behindert wurde. Die Opferpension soll
16 künftig unbürokratisch auch dann gezahlt werden, wenn keine besondere Beeinträchti-
17 gung der wirtschaftlichen Lage des Anspruchsberechtigten vorliegt. Zudem setzt sich die
18 Junge Union Thüringen dafür ein, dass die Opferpension erhöht und künftig den Geschä-
19 digten eine angemessene monatliche Rente gewährt wird.

20 **Begründung:**

21 Vor 60 Jahren begann mit dem Protest einiger Arbeiter ein Volksaufstand, der die noch
22 junge DDR ins Wanken brachte. Aus einem Streik in Berlin entstand ein Flächenbrand, der
23 die gesamte DDR erfasste. Für die SED-Führung wurde der 17. Juni 1953 zu einem Trauma:
24 Nie wieder würde sie ihrem Volk über den Weg trauen. Das Spitzelsystem der Stasi sollte
25 fortan die Bürgerinnen und Bürger der DDR möglichst umfassend kontrollieren und so
26 einen solchen Aufstand für alle Zeiten verhindern. Die SED-Führung hat fortan mit Hilfe
27 ihrer Stasi-Schergen systematisch Bürgerinnen und Bürger der DDR verfolgt, ihnen den
28 Zugang zum schulischen und beruflichen Bildungssystem verwehrt, die Andersdenkenden
29 inhaftiert und somit ein unmenschliches Verbrechen an verschiedenen Gruppen des eige-
30 nen Volks begangen. Es muss verhindert werden, dass diejenigen, die in der SED-Diktatur
31 Zivilcourage gezeigt haben, noch heute für das ihnen angetane Unrecht mit Mindestren-
32 ten und Sozialhilfe bestraft werden, während die Täter überhöhte Renten einstreichen und
33 die Opfer dadurch verhöhnt werden. Die Opferentschädigung in ihrer bisherigen Ausge-
34 staltung ist ein beschämendes Feigenblatt, das den Ansprüchen der Geschädigten nicht
35 gerecht wird. Die Erweiterung der Opfergruppen-Definition, eine angemessene Opferent-
36 schädigung, die nicht ausschließlich die größte Not der Opfer lindert und zudem alle ehe-
37 malig Verfolgten erreicht, spielen auf dem Weg zu einer würdigen Rehabilitationsgesetz-
38 gebung eine tragende Rolle. Die Junge Union sollte anlässlich des 60-jährigen Gedenkens
39 an den 17. Juni 1953 die Diskussion um eine verbesserte Opferrehabilitation anstoßen und
40 diesbezüglich neue Akzente setzen.

1
2
3
4

5 **Reform des Wahlrechts bei Landtagswahlen**

6
7

8 Der Landestag möge beschließen:

9

10 Die Junge Union Thüringen spricht sich dafür aus, dass bei den Wahlen zum Thüringer
11 Landtag in den Wahlkreisen neben den Bewerbern auch Ersatzbewerber aufgestellt
12 werden.13 Lehnt ein gewählter Bewerber die Annahme der Wahl ab, verstirbt er vor der Annahme der
14 Wahl, verliert er seine Wählbarkeit vor Annahme der Wahl oder scheidet ein Mitglied des
15 Landtages aus dem Parlament aus, so tritt der Ersatzbewerber an seine Stelle. Diese
16 Regelung soll unter anderem dazu führen, dass beim Ausscheiden eines direkt gewählten
17 Abgeordneten ein örtlich angebundener Ersatzbewerber im Wahlkreis, statt ein oft
18 wahlkreisferner Nachrücker von der Landesliste, in den Thüringer Landtag einzieht. Der
19 Ersatzbewerber soll zusammen mit dem Wahlkreisbewerber der Partei auf der
20 Wahlkreisvertreterversammlung gewählt werden.21 Die Junge Union Thüringen setzt sich dafür ein, dass die Forderung in das Wahlprogramm
22 der Thüringer Union aufgenommen wird.

23

24 **Begründung:**

25 Diese Neuerung wird vor allem jungen Kandidaten zu Gute kommen, da diese
26 wahrscheinlich häufiger zu stellvertretenden Wahlkreisbewerbern gewählt werden. Zudem
27 ist mit einer solchen Regelung garantiert, dass jeweils regionale Vertreter den Wahlkreis
28 auch nach dem Ausscheiden des direkt gewählten Abgeordneten vertreten.

1
2
3
4

5 **Wirksamer Katastrophen- und Zivilschutz - Für die Einrichtung eines Bund-** 6 **Länder-Katastrophenfonds**

7
8

9 Der Landestag möge beschließen:

10

11 Die Junge Union Thüringen setzt sich für die Einrichtung eines nationalen Katastrophen-
12 fonds in Deutschland, der vom Bund und den Ländern getragen wird, ein. Der Fond soll ein
13 weiteres Instrument im nationalen System des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes
14 zur Beseitigung von Schäden sowie zum Ergreifen von Vorbeugemaßnahmen darstellen.
15 Aus dem Fond sollen Mittel für Schadensfälle im Privatvermögen, für Schäden am Eigen-
16 tum und der Infrastruktur von Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Kommunen) so-
17 wie für Vorbeugemaßnahmen (Hochwasserschutz, Warn- oder Alarmsysteme, Brandschutz
18 etc.) abgerufen werden können. Die Finanzmasse des Fonds könnte über jährliche Zufüh-
19 rungen aus der Einkommens-, Lohn- sowie Körperschaftssteuer schrittweise aufgebaut
20 werden. Die Mittelvergabe an Kommunen soll, soweit noch nicht vorhanden, an Auflagen
21 wie die Erarbeitung von Katastrophenschutzkonzepten (Hochwasserschutzkonzepte o. ä.)
22 geknüpft werden. Die Junge Union Thüringen ist sich bewusst, dass ein Katastrophenfond
23 das notwendige Schnüren weiterer Hilfsprogramme in einzelnen Katastrophenfällen nicht
24 ersetzen, jedoch prozessbeschleunigend und vorbeugenden Bewusstseinswandel bewirken
25 kann.

26

27 **Begründung:**

28 Die Hochwasserkatastrophe im Juni 2013 führte einmal mehr das zerstörerische Ausmaß
29 von Naturkatastrophen, das damit verbundene unvorstellbare Leid für die Betroffenen
30 sowie die Notwendigkeit vorbeugender Schutzmaßnahmen vor Augen. In Dimension und
31 Schadenshöhe vergleichbare Katastrophenlagen waren zuletzt durch die Hochwasserkata-
32 strophe im August 2002, dem Sturm „Kyrill“ im Januar 2007 und den Orkanen „Emma“
33 (März 2008) und „Xynthia“ (Februar 2010) gegeben. Sowohl Naturkatastrophen, aber auch
34 durch menschliches Versagen verursachte Gefährdungslagen haben überregionale Folgen
35 für das Leben, die Gesundheit von Menschen, die Umwelt, das Eigentum oder die lebens-
36 notwenige Versorgung der Bevölkerung. Zu denken sei insbesondere an Industrie- und
37 Chemieunfälle, das Risiko vor Atomkatastrophen oder anderen Formen des Versagens kri-
38 tischer Infrastrukturen. Um das kurzfristige Schnüren außerplanmäßig milliardenschwerer
39 Hilfsprogramme gegen eine nachhaltige Lösung zu ersetzen, soll zur dauerhaften Finanzia-
40 rung von Vorsorge, Abwendung und der Beseitigung von Katastrophenschäden ein Son-
41 derbudget des Bundes und der Länder gebildet werden. Permanente Zuweisungen in die-
42 sen zentralen Topf könnten das Aufbringen von Mitteln durch Bund, Länder und Kommu-
43 nen beschleunigen und den Betroffenen schnelle Hilfe gewähren.

1
2
3
4

5 **Hürden bei der Feuerwehrausbildung abbauen**

6 Die Junge Union Thüringen fordert, die Ausbildung zum Feuerwehrmann zu vereinfachen.
7 Die Grundausbildung zum Feuerwehrmann sollte auch durch Schulungen durch die Grup-
8 pen- bzw. Staffelführer in den Freiwilligen Feuerwehren erfolgen können und durch eine
9 Abschlussprüfung an den Kreisfeuerweherschulen abgeschlossen werden können.

10 **Begründung**

11 Durch die demographische Entwicklung und dem damit einhergehenden Bevölkerungs-
12 rückgang sowie der Abwanderung vieler junger Thüringer sinkt die Anzahl der Mitglieder
13 der Freiwilligen Feuerwehren in Thüringen kontinuierlich. Einsatzbereite Feuerwehren sind
14 aber wichtig, um die Bevölkerung im Notfall zu schützen. Zudem ist es eine kommunale
15 Pflichtaufgabe. Kann ein Ort eine einsatzbereite Feuerwehr nicht vorhalten, sind kostenin-
16 tensive Verträge mit Nachbargemeinden nötig.

17 Es gibt jedoch Bürger, die sich bei der Freiwilligen Feuerwehr engagieren möchten und an
18 den regelmäßigen Aus- und Weiterbildungen in der Feuerwehr vor Ort teilnehmen möch-
19 ten. Im Moment ist es so, dass für die Ausbildung zum Feuerwehrmann ein zusammenhän-
20 gender, mehrere Tage umfassender Grundlehrgang an den Kreisfeuerweherschulen zu ab-
21 solvieren ist. Dies ist vielen Interessierten aus beruflichen und zeitlichen Gründen oft nicht
22 möglich. Da dieser aber eine Voraussetzung für den aktiven Feuerwehrdienst ist, gehen
23 den Freiwilligen Feuerwehren viele potentielle Kameraden verloren.

24 Die Gruppenführer der Freiwilligen Feuerwehren sind durch ihre intensive Ausbildung an
25 der Landesfeuerweherschule in der Lage, die geforderte Grundausbildung in der jeweiligen
26 Freiwillige Feuerwehr selbst durchzuführen.

27 Durch die Ausdehnung der Ausbildungszeit, etwa auf einen Zeitraum von zwei Jahren und
28 der Unterrichtung vor Ort, ist es den Bürgern, denen die Zeit für einen zusammenhängen-
29 den Grundlehrgang fehlt, möglich, ihren Grundlehrgang zu absolvieren und somit die Vo-
30 raussetzungen für den Dienst in der Freiwilligen Feuerwehr erfüllen.

31 Eine Abschlussprüfung an einer anderen Stelle, wie bspw. der Kreisfeuerweherschule, ist
32 aber nötig, um zu gewährleisten, dass die geforderten Inhalte des Grundlehrgangs auch in
33 notwendigem Maße vermittelt worden sind.

34 Diese Änderung in der Ausbildung soll den Bürgern, die sich engagieren möchten, auch die
35 Möglichkeit geben und somit die Freiwilligen Feuerwehren stärken.

1
2
3
4

5 **11 Thesen der jungen Generation für die Bundestagswahl 2013**

6 Die Arbeit der christlich-liberalen Koalition hat Deutschland in den vergangenen vier Jah-
7 ren gestärkt und fit für die Zukunft gemacht. Deutschland hat die höchste Anzahl an sozi-
8 alversicherungspflichtig Beschäftigten, die niedrigste Arbeitslosenquote und niedrigste
9 Jugendarbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung, während in Südeuropa eine ganze Ge-
10 neration junger Menschen um eine Zukunftsperspektive ringt. Die Union hat Europa in der
11 Krise stabilisiert, ohne Forderungen nach Eurobonds nachzukommen, und damit den Kon-
12 solidierungskurs Europas eingeleitet. Deutschland hat sich vom kranken Mann Europas zur
13 stärksten Wirtschaftskraft auf dem Kontinent entwickelt. Unter der Führung von Angela
14 Merkel wurde die Energiewende eingeleitet, die Praxisgebühr abgeschafft sowie die
15 Wehrpflicht ausgesetzt. Unsere Sozialsysteme haben Rücklagen. Deutschland wurde si-
16 cher, sozial und zukunftstauglich durch die Krise geführt. Die christlich-liberale Koalition
17 hat die Chance der Krise genutzt, Deutschland modernisiert und zu Anerkennung in der
18 Welt geführt. Auf diese Bilanz und auf die Arbeit von Angela Merkel können wir stolz sein!

19
20 Die Bundestagswahl 2013 entscheidet maßgeblich über den zukünftigen politischen Kurs
21 in unserem Land. Für die Menschen stellt sich am 22. September folgende Frage: Wollen
22 wir die erfolgreiche Regierungspolitik Deutschlands unter der Führung von CDU und CSU
23 weiter gestalten oder uns auf das Risiko von rot-grüner Umverteilungspolitik sowie einer
24 Verbots- und Bevormundungskultur einlassen?

25

26 Folgende Punkte sollen aus Sicht der jungen Generation in die Politik der Unionsparteien
27 in der kommenden Bundestagswahlperiode Eingang finden:

28 **1. Generationengerechten Haushalt aufstellen**

29 Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Wir setzten uns daher für einen
30 strukturell ausgeglichenen Bundeshaushalt ab 2014 ein. Die Schuldenbremse ist richtig
31 und sollte auch in den Landesverfassungen verankert werden. Nur mit einer soliden
32 Haushaltspolitik werden wir dauerhaft eine zukunftssträchtigen Politik gerecht.
33 Deutschland muss hierbei eine Führungsrolle in der EU übernehmen. Mittelfristig müs-
34 sen wir von der Schuldenbremse zur Schuldentilgung kommen.

35 **2. Steuererhöhungen ausschließen, Steuersystem vereinfachen**

36 Der Bundeshaushalt verzeichnete 2012 die höchsten Steuereinnahmen in der Ge-
37 schichte unseres Landes. Nach dem Vorbild des ehrbaren Kaufmanns muss man damit
38 haushalten können. Unserem Steuersystem mangelt es nicht an Einnahmen, sondern
39 an Verständlichkeit und Transparenz und damit an zwei wichtigen Gerechtigkeitsprin-
40 zipien. Die unterschiedliche Umsatzbesteuerung gehört auf den Prüfstand. Die Steuer-
41 erhöhungspläne von Rot-Grün lehnen wir entschieden ab, da Sie eine weitere Belas-

42 tung der Bürger sowie der Familienunternehmen darstellen und Arbeitsplätze gefähr-
43 den. Unser Ziel bleibt ein einfaches und gerechtes Steuersystem.

44 **3. Mittelstand stärken**

45 Der Mittelstand ist das Rückgrat der Gesellschaft. Deutschland kann gute ökonomi-
46 sche Zahlen vorweisen und ist gut durch die Krise gekommen. Seit 2005 hat sich die
47 Arbeitslosenquote halbiert. Diesen Kurs müssen wir weiter fördern und dürfen das
48 Wachstum nicht abwürgen. Der Mittelstand steht für innovative Produkte, fleißige Un-
49 ternehmer und motivierte Angestellte. Sie alle verdienen unsere Anerkennung und po-
50 litische Unterstützung.

51 **4. Familien unterstützen**

52 Wir stehen für die Förderung von Familien und für die Unterstützung von Kindern. Wir
53 wollen das Ehegattensplitting erhalten und durch ein Familiensplitting ergänzen. Die
54 demografische Entwicklung und die Geburtenrate zeigen, dass die Vereinbarkeit von
55 Familie und Beruf noch besser gewährleistet werden muss. Dazu gehört auch ein flä-
56 chendeckendes Betreuungsangebot.

57 **5. Europa auf Kurs bringen**

58 Wir bekennen uns klar zur Europäischen Union und zum Euro als Gemeinschaftswäh-
59 rung. Um die Staatsschuldenkrise dauerhaft zu lösen, führt kein Weg an einer Redukti-
60 on der Staatsdefizite vorbei. Gerade in Krisenzeiten stehen wir solidarisch an der Seite
61 unserer Nachbarn. Solidarität ist jedoch keine Einbahnstraße. Nur durch politische Re-
62 formen in den Mitgliedsstaaten und ohne eine Vergemeinschaftung von Schulden kann
63 Europa stabilisiert werden. Eurobonds lehnen wir entschieden ab. Eine EU-
64 Vollmitgliedschaft der Türkei lehnen wir ab und treten unter den derzeitigen türki-
65 schen Gegebenheiten für einen Abbruch der derzeitigen EU-
66 Beitrittsverhandlungen ein.

67 **6. Faire Löhne garantieren**

68 Deutschland braucht einen flächendeckenden, einheitlichen Mindestlohn, der durch
69 Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgehandelt wird. Die Union sollte das Prinzip von
70 „Fordern und Fördern“ in der Arbeitsmarktpolitik beibehalten. Durch einen Min-
71 destlohn kann ein fairer Arbeitslohn garantiert werden. Wir wollen die Tarifautonomie
72 beibehalten und mit dieser Initiative fördern. Politiker können nicht vorbehaltlos
73 über diese Entscheidung befinden.

74 **7. Bildung, Forschung und Innovationen fördern**

75 Stabile Investitionen in Bildung und Forschung sind die Basis unserer heutigen und
76 künftigen Wettbewerbsfähigkeit als attraktiver Innovations-, Bildungs- und Wirt-
77 schaftsstandort. Deutschland ist das Land der Ideen und Innovationen. Wir wollen,
78 dass aus diesen Ideen Produkte und Dienstleistungen und somit Arbeitsplätze werden.
79 Deshalb wollen wir innovative Gründer noch besser dabei unterstützen ihre Startups
80 zu tragfähigen Geschäftsmodellen zu formen. Durch unbürokratische Hilfen in der
81 Gründungsphase, durch Entlastung von Bürokratie und Abgaben sowie durch schnelle-

82 re Finanzierungsmöglichkeiten in der Gründungs- und vor allem in der Wachstums-
83 phase.

84 **8. Demografische Entwicklung gestalten**

85 Die Gestaltung des demographischen Wandels in unserem Land ist eine große gesell-
86 schaftliche und damit auch politische Daueraufgabe. Die Frage der Generationenge-
87 rechtigkeit ist dabei eine zentrale Frage. Die Alterung der Gesellschaft bietet Chancen,
88 die es zu nutzen gilt. Die Lasten des demographischen Wandels müssen zwischen den
89 Generationen und im Verhältnis des Einzelnen zur Gemeinschaft gerecht verteilt wer-
90 den. Es gilt den ländlichen Raum zu stärken und nicht ausbluten zu lassen. Die Zuwan-
91 derung von ausländischen Fachkräften muss weiter erleichtert werden, um den bereits
92 heute bestehenden Fachkräftemangel abzumildern.

93 **9. Infrastrukturausbau erweitern**

94 Deutschland braucht weitere Investitionen in die Infrastruktur. Ob auf der Straße, der
95 Schiene, den Wasserwegen oder im Bereich der Luftfahrt, die Ausgaben für den Infra-
96 strukturausbau müssen deutlich steigen, um den derzeit angefallenen Investitionsstau
97 abzufedern. Eine finanzielle Beteiligung ausländischer Nutzer z.B. im Rahmen einer
98 PKW-Maut ist sinnvoll. Deutsche Autofahrer sollten nicht zusätzlich belastet werden.
99 Wir stehen zur freien Fahrt für freie Bürger und lehnen ein allgemeines Tempolimit von
100 120km/h auf Autobahnen entschieden ab. Der vollständige, flächendeckende Ausbau
101 der Breitbandinfrastruktur ist ebenfalls ein wichtiges Ziel der nächsten Legislatur.

102 **10. Gesundheit und Pflege sichern**

103 Deutschland verfügt über ein leistungsfähiges Gesundheitssystem. Die demographi-
104 sche Entwicklung und der enorme medizinisch-technische Fortschritt werden die Ein-
105 nahmen- und Ausgabenentwicklung des Gesundheitssystems und der Pflege spürbar
106 beeinflussen. Kranke und pflegebedürftige Menschen müssen auch in Zukunft ihre Ge-
107 sundheitsversorgung und Pflegeleistungen auf hohem Niveau zu einem bezahlbaren
108 Preis erhalten. Unser Ziel ist, dass die Menschen auch künftig durch die sozialen Siche-
109 rungssysteme selbständig, selbstbestimmt und würdevoll leben können. Neben dem
110 bestehenden Umlageverfahren muss eine zweite Säule der Kapitaldeckung das Ge-
111 sundheitssystem tragen und die Belastungen gleichmäßig zwischen diesen und künftigen
112 Generationen verteilen.

113 **11. Energiewende meistern, Schöpfung und Technologieführerschaft bewahren**

114 Das Miteinander unserer Gesellschaft muss langfristig durch schonenden Umgang mit
115 unseren ökologischen und ökonomischen Ressourcen sichergestellt werden. Nach dem
116 Prinzip der Nachhaltigkeit wollen wir die Schönheit, Vielfältig- und Einzigartigkeit der
117 Natur Deutschlands erhalten und im Rahmen der Energiewende durch regenerative
118 Energiequellen ersetzen. Dieser Prozess kann nur mit innovativen Energiekonzepten
119 und einem flächendeckenden Bekenntnis zu den neuen Energieträgern und Energie-
120 trassen funktionieren. Auch bei anderen Großprojekten sollte die Technologieführer-
121 schaft Deutschlands gesichert werden.

1
2
3
4

5 **Verschuldung beenden, Eigenverantwortung stärken, den Sozialstaat be-** 6 **grenzen: Möglichkeiten zur Entschärfung des Generationenkonfliktes**

7 Der Landestag möge beschließen:

8 Wir, die Junge Union, fordern die Wiederbeachtung des Subsidiaritätsprinzips in unserer
9 sozialen Marktwirtschaft: Die Betonung der Selbstverantwortung, die Achtung der Bin-
10 dungskräfte der Familie und der kleinen Lebenskreise sollen Maßstab sein für die sozialpo-
11 litische Zuständigkeit des Staates.

12 Neben der Betonung der Individualität und der Unterstützung des Erfolgs bekennen wir
13 uns gleichzeitig zur Hilfe zur Selbsthilfe im Notfall. Wenn die kleine Gemeinschaft die Last
14 der Not nicht tragen kann, so muss das Sozialwesen eine angemessene Grundsicherung
15 stellen. Ihr Rahmen kann politisch determiniert sein, findet jedoch seine Grenzen in der
16 heutigen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit – und nicht in der erhofften Stärke künftiger
17 Generationen.

18 **Begründung:**

19 Die aktuelle Krise der europäischen Länder ist enorm. Die Verschuldungssituation der
20 größten Volkswirtschaften liegt zwischen ca. 1,6 Bio., 1,8 Bio. und über 2 Bio. Euro.
21 (Deutschland, Italien und Frankreich). Die Schulden dieser Länder entsprechen damit zwi-
22 schen 80% und mehr als 120% der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Als Hauptursache
23 der enormen Verschuldung gelten die aufgelegten konjunkturpolitischen Programme der
24 europäischen Regierungen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise von 2008/2009, insbe-
25 sondere die Rettung von Banken.

26 Tatsächlich liegen die Ursachen der immensen Verschuldung jedoch auch in der enormen
27 Überdehnung der sozialstaatlichen Versorgung. Ob bei Arbeitsmarktmaßnahmen, Renten,
28 oder Subventionen für das Gesundheitswesen, der Anteil der Sozialstaatsleistungen am
29 BIP steigt seit Jahren. Fast ein Drittel jedes erwirtschafteten Euros in Europa ist an Sozial-
30 leistungen gebunden. Leistungen, die umverteilt werden. Leistungen, welche die Men-
31 schen als Bittsteller empfangen und für die sie persönliche Freiheit im Austausch für Si-
32 cherheit aufgeben.

33 Dennoch werden immer weitere Ausgaben im Namen der sozialen Gerechtigkeit gefor-
34 dert. Das mit der Ausdehnung des Sozialstaates gleichzeitig die Entmündigung der Bürger
35 und die Überforderung der Staaten einher geht, wird ignoriert. Neben den Grenzen der
36 Finanzierbarkeit – gesetzt durch hohe Zinsen auf den Finanzmärkten - müssen jedoch auch
37 klare Werte gegen die Entgrenzung des Sozialstaates gesetzt werden.

38 Die staatlichen Leistungen müssen wieder an die Einnahmen gekoppelt werden und nicht
39 mehr allein an die an ihn gestellten – politisch allzu leicht aufblähbaren – Aufgaben. Allzu

40 lang wurden Wünsche auf Kosten von Neuverschuldung realisiert. Die überbordenden
41 Kosten der Sozialsysteme, die Lasten der Versorgung künftiger Pflege-, Pensions- und Ren-
42 tenbezieher aber auch die Hypotheken auf die Zukunft in Form der bereits angehäuften
43 Staatsverschuldung lasten bereits heute auf den Schultern der Jugend.

44 Es ist daher die heutige wirtschaftliche Leistungskraft jedes Einzelnen und nicht die erhoff-
45 te Leistungsfähigkeit künftiger Generationen, die die Grenzen des Sozialstaates setzen
46 muss.

47 Wir halten es für den Kern der sozialen Marktwirtschaft, wenn private Initiative für die
48 Vorsorge bei den allgemeinen Lebensrisiken zuständig ist. Die Anmaßung des Sozialstaa-
49 tes persönliche Lasten auf eine höhere Ebene zu heben, muss Einhalt geboten werden. Das
50 Ende der Expansion und die Zurückführung des Sozialstaates auf ein langfristig tragbares
51 Maß bedeutet daher auch die Wiedergeburt gegenseitiger Verantwortung auf der Ebene
52 der Familie, der nächsten Umgebung, der Gemeinden und Städte. Mit der Abkehr aus der
53 sozialpolitischen Unmündigkeit stärken wir auch die Eigeninitiative, den innovativen Geist
54 und die schöpferische Kraft unserer Gesellschaft.

55 Dies ist eine kraftvolle Antwort auf den heraufziehenden Generationenkonflikt.